

POLITIK

Salzbergbau-Streit: Xantens Politik sieht K+S im Zug [Jetzt lesen](#)

Aktualisiert: 09.07.2020, 09:15 | Lesedauer: 2 Minuten



Das Thema Salzabbau rückt in den Blickpunkt.
Foto: Fischer, Armin / Ja

Das Vorgehen des Unternehmens, der Zeitpunkt der Pläne, die fehlende Umweltprüfung sowie mangelnde Bürgerbeteiligung sind bemängelt worden

Xanten. Xantens Politiker haben eine sehr kritische Grundhaltung zu den Plänen des Salzbergbauunternehmens K+S, nordwestlich von Birten den Abbau von Steinsalz prüfen zu wollen. Das zumindest bestätigte Bürgermeister Thomas Görtz nach einem Treffen der Fraktionschefs und einzelnen Ratsmitgliedern mit Vertretern des Unternehmens. Demnach seien das Vorgehen von K+S, der Zeitpunkt der Pläne als auch die fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung sowie mangelnde Bürgerbeteiligung einhellig bemängelt worden, berichtete Görtz.

Wie berichtet, will der Bergbau-Konzern nordwestlich von Birten den Abbau von Steinsalz prüfen. Deshalb hat das Unternehmen bei der Bergbehörde beantragt, Erkundungstunnel in 1000 Metern Tiefe voranzutreiben. Sollten die Untersuchungen genehmigt werden, sei mit Sprengungen zu rechnen, wodurch es laut K+S „im südlichen Randbereich von Xanten zu leichten

Vibrationen“ kommen könne. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung sei dem Unternehmen zufolge nicht notwendig. Xanten ist von der Bergbehörde aufgefordert worden, bis zum 24. Juli eine Stellungnahme abzugeben.

Fristverlängerung beantragt

„Das ist ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt“, kritisierte Görtz. „Nicht nur, weil der Termin in die Sommerferien, sondern auch in die Wahlkampfphase fällt.“ Darüber seien sich die Ratsvertreter einig, ergänzte er. Die Verwaltung habe deshalb eine Fristverlängerung beantragt. „Dann hat auch K+S mehr Zeit, seine Hausaufgaben zu machen und die Bürger über das Vorhaben zu informieren“, so Görtz.

Nach Auffassung des Bürgermeisters wäre eine Fristverschiebung bis nach der Kommunalwahl wünschenswert, um in der regulären Ratssitzung im Oktober über die Pläne beraten zu können. „Sollten Bezirksregierung oder K+S da nicht mitspielen, müssen wir eine Sondersitzung einberufen“, erklärte Görtz und betonte: „Das ist aber definitiv nicht unser Ziel.“

„Wahlkampfshow“

Zum einen befürchte er, dass die Sondersitzung angesichts des großen öffentlichen Interesses für „eine Wahlkampfshow“ genutzt werde. Zudem sieht er K+S in der Pflicht, die Bürger über die Erkundungspläne hinreichend zu informieren. „Es kann nicht sein, dass eine Ratssitzung von einem Unternehmen für die Öffentlichkeitsarbeit missbraucht wird“, verdeutlichte Görtz.

Man wolle sich auf beide Szenarien vorbereiten und die Sitzung in jedem Fall öffentlich abhalten – Bürgerfragestunde inklusive. „Angesichts von Corona und des zu erwartenden großen Interesses müssen wir noch überlegen, wie und wo die Sitzung stattfinden kann“, so Görtz. Möglich seien eine Freiluft-Veranstaltung oder eine Video-Konferenz. Nicht alle Fraktionschefs waren beim Treffen anwesend. „Das ist angesichts des sensiblen Themas schade“, so Görtz. Namen nannte er nicht. Die Fox war aber wohl vertreten, auch wenn sie am Abend ihre Bürgermeisterkandidatin gekürt hat

Mehr lesen über

[Alles zum Forensik-Streit in Lünen](#)

[Bergbau](#)

KOMMENTARE >

M  tikel aus dieser Rubrik gibt's hier: Rheinberg / Xanten und Umland